

ZUWANDERUNG

Integration oder Segmentierung?



Soll die Handarbeit revalorisiert werden? Niederländische ImmigrantInnen in Luxemburg.
(Foto: Vullers-Cox, 1954, in: Migrance Nr. 20)

Luxemburg braucht Zuwanderung, darin stimmen die PolitikerInnen der Sesopi-Studie zu. Die Weichen für eine echte Integration der EinwandererInnen wollen sie aber nicht stellen.

(RK) - Es ist nicht die erste Studie, die sich mit Einwanderungspolitik beschäftigt, und es wird wohl nicht die letzte sein. Die "Etude d'orientation politique" über "Wechselbeziehungen zwischen Einwanderung und Arbeitsmarkt in Luxemburg" war von der Regierung beim CSV-Abgeordneten Marcel Glesener bestellt worden. Dieser reichte den Auftrag weiter an das "Sesopi Centre intercommunautaire" und das "Institut de formation sociale", zwei eher fortschrittlich eingestellte kirchliche Einrichtungen. Charakteristisch für diese Studie ist, dass ethische Aspekte in die Überlegungen einbezogen wurden.

Vor einer Woche wurde das Ergebnis im Beisein des Arbeitsministers vorgestellt - zwei Monate nach der Chamberdebatte zum gleichen Thema und wenige Tage vor der Erklärung zur Lage der Nation. Zum falschen Zeitpunkt veröffentlicht, wird diese Studie, anders als beispielsweise die Studie des "Bureau international du travail" (BIT), wohl keine öffentliche Diskussion auslösen. Obwohl sie einigen Zündstoff enthält.

"Luxemburg braucht Zuwanderung." Dass Marcel Glesener dies bei der Vorstellung der Studie sagen konnte, ohne einen Sturm der Entrüstung auszulösen, zeigt, dass die Sensibilisierungsarbeit von NGOs wie Asti und Clae ihre Früchte getragen hat. Ob die PolitikerInnen bereit sind, aus dieser Einsicht Konsequenzen zu ziehen, daran darf jedoch gezweifelt werden.

Serge Kollwelter, Präsident der Asti, im Gespräch mit der woxx: "Biltgen hat gewissermaßen gesagt: Zuwanderung ja, aber nicht jetzt." Serge Kollwelter findet es schade, dass die Studie nicht schon für die Orientierungsdebatte in der Chamber vorlag. Dort hätte man die vom Sesopi formulierten Forderungen mit der jetzigen CSV-Politik konfrontieren können.

Die AutorInnen der Studie gehen weit über die Feststellung hinaus, dass eine florierende Luxemburger Wirtschaft nicht ohne zugewanderte Arbeitskräfte auskommt. Sie stellen zum Beispiel fest, dass die ausländischen Arbeitnehmer im Bausektor kaum den Beruf wechseln. Bei den luxemburgischen Staatsbürgern dagegen gibt es eine regelrechte Flucht aus diesem Sektor, die von neu eingestellten Grenzgängern kompensiert wird. Fazit: Die Arbeitsbedingungen am Bau entsprechen nicht mehr den steigenden Erwartungen an die Qualität eines Arbeitsplatzes. Für diesen und für andere Sektoren wird gefordert, die sozialen und psychologischen Arbeitsbedingungen zu verbessern, ohne die materielle Absicherung zu verschlechtern.

Die Integration von ZuwandererInnen und GrenzgängerInnen erfordert politisches Handeln statt des bisher üblichen Laissez-faire. Wozu Versäumnisse in diesem Bereich führen könnten, hatte die BIT-Studie bereits aufgezeigt. In dem "pessimistischen" Szenario würde die Bereitschaft von Externen absinken, eine Arbeit in Luxemburg anzunehmen. Ein solcher Mangel an verfügbaren Arbeitskräften würde das luxemburgische Wachstumsmodell aus der Bahn werfen.

Nicht jetzt!

Die Sesopi-Studie betreibt in diesem Punkt Zweckoptimismus - das Arbeitskräftereservoir der Großregion und darüber hinaus sei längerfristig ausreichend. Gleich darauf wird angemahnt, was schon das BIT empfohlen hatte: in die Transportinfrastrukturen investieren, die Gleichbehandlung stärken, die Arbeits- und Lebensbedingungen der GrenzgängerInnen berücksichtigen, sie in das politische Leben einbinden.

Sorgen bereitet den AutorInnen auch die Segmentierung des Arbeitsmarktes nach Staatsangehörigkeit. Dass AusländerInnen in Sektoren mit schlechten Arbeitsbedingungen "gefangen" sind, steht ihrem sozialen Aufstieg und ihrer Integration im Wege.

Die Reaktionen der politischen Akteure auf die Studie fielen eher zurückhaltend aus. Von mehreren Politikern wurde der Vergleich zwischen der Einwanderung aus Portugal und der zu erwartenden aus den EU-Beitrittsstaaten aufgegriffen. Die "scénarios alarmistes" hätten sich beim freien Zugang zum Arbeitsmarkt für PortugiesInnen als nicht begründet erwiesen. Das werde auch bei der Osterweiterung der Fall sein, so die Studie. Nichtsdestoweniger segnete die Chamber ein Gesetz ab, das den Zugang der Neu-EuropäerInnen zum Luxemburger Arbeitsmarkt stark einschränkt.

Auch in Sachen "Permis de travail" (Arbeitserlaubnis) mochte der zuständige Minister nicht hö-

ren, was die Studie zwischen den Zeilen sagt: dass die 1972 eingeführten restriktiven Regelungen abgeschafft gehören. Er bezeichnete das System der Permis als einziges Instrument, über das er noch verfüge. Die Studie attestiert, das System sei nützlich zum Regulieren des Arbeitsmarktes. Schaut man sich aber den Text genauer an, so wird ein einziges, höchst menschenfreundliches Argument in diesem Sinne angeführt: dass nämlich im Bausektor noch Portugiesen der ersten Generation (sic) anzutreffen sind, die Permis also verhindern, dass ArbeitnehmerInnen aus einem Sektor abwandern. "Wenn das das einzige Instrument ist, mit dem der Minister den Arbeitsmarkt regulieren kann, dann ist er ziemlich hilflos", kommentiert Serge Kollwelter. "Die den Permis-Regelungen unterworfenen machen nämlich nur einen ganz geringen Teil der ArbeitnehmerInnen aus."

Permis d'exclure

Wozu die Permis zweifelsohne beitragen, ist die Segmentierung des Arbeitsmarktes. Diese wird von den AutorInnen der Sesopi-Studie zu Recht als Hauptgefahr in Verbindung mit der Zuwanderung gesehen. Fehl am Platz ist allerdings die Nostalgie, die sie in manchen Einschätzungen verbreiten: Die handwerklichen Tätigkeiten seien devalorisiert, die SchulabgängerInnen seien ungenügend über das breite Spektrum an existierenden Berufen informiert.

Fakt ist, dass in einer modernen Dienstleistungsgesellschaft neue Berufe die alten sowohl in punkto Wichtigkeit als auch in punkto Prestige verdrängen. Die wirklich wichtige Frage ist, welche neuen Arbeitsplätze entstehen. In den USA sind das zum Beispiel viele schlecht bezahlte Jobs, für die es kaum eine Qualifikation braucht: Hamburger-Verkäufer und Haushaltshilfen. Auf den ersten Blick ein tolles Modell, bei dem gewissermaßen McDonald's die Rolle der Arbed übernehmen würde: Stellen zu schaffen für die Masse der wenig qualifizierten LuxemburgerInnen und vor allem AusländerInnen. Es führt aber, wie in den USA, zu einem dualen Arbeitsmarkt mit gut verdienenden "LeistungsträgerInnen" auf der einen und prekären "WasserträgerInnen" auf der anderen Seite. In Luxemburg wären das, grob gesagt, Bank- und StaatsbeamtInnen auf der einen, ZuwandererInnen und deren Kinder auf der anderen Seite.

Kulturjahr 2007: Geblufft wird nicht

"Europas Kulturregion 2007" - so müsste eigentlich das Konzept für das luxemburgische Kulturjahr-Bewerbungsdossier lauten, das am 19. April von der EU-Kommission angenommen und am vergangenen Dienstag der Presse vorgestellt wurde. Denn nicht nur Luxemburg bewirbt sich, sondern die gesamte Großregion. Jeder der fünf Partner soll dafür ein Thema gestalten: Für Luxemburg wird dies die "Migration" sein.

Eine Herkules-Aufgabe, die Projektkoordinator Robert Garcia im vergangenen Herbst übernommen hat. Die Region beheimatet immerhin elf Millionen Menschen. Dass es mit der Zusammenarbeit in der Region nicht immer funktioniert hatte, belegt allein schon die Tatsache, dass es zahlreiche kleinere Filmfestivals gibt statt eines großen. Andere Regionen, wie zum Beispiel der Rhein-Neckar-Raum, sind da mit gemeinsamen Festivals schon längst weiter. Garcias Aufgabe wird es deshalb sein, eine Verknüpfung auch über das anvisierte Kulturjahr hinaus zu schaffen. Auch soll nicht mit einzelnen Großevents "geblufft" werden, wie es Garcia formulierte. Er will verstärkt einheimische KünstlerInnen einbinden. Apropos Einbindung: Mit dem von moselfränkischen EinwandererInnen geprägten rumänischen Sibiu (Hermanstadt) gibt es erstmals ein ganzes Jahr lang eine Partnerschaft. Drei Jahre vor dem Kulturjahr ist immerhin sprachlich ein Anfang gemacht. So meinte Guy Dockendorf, Vorsitzender der Kulturjahrvereinigung: "Wenn wir langsam sprechen, verstehen wir uns."

Vote woxx!

Die ersten Plakate hängen bereits. Der Wahlkampf hat begonnen. Bildung, Frauen, Immigration, Verkehr - in unserer neuen Serie wollen wir die Wahlkampfthemen genau unter die Lupe nehmen. Damit Sie wissen, woran Sie sind: Vote woxx! Jeden Freitag auf dieser Seite.

Nächste Woche: Rolltreppe abwärts

Ein Gespenst geht um in Europa: der Sozialabbau. Auch Luxemburg bleibt nicht ungeschoren. Vom Geist, der stets verneint und nichts Gutes verheißt, ist in der nächsten Woche zu lesen.

Nicht mit uns

Aufregung in den Redaktionsräumen: Die Editpress hat den Journalistenverband gekapert. Vorbei mit Pluralismus und Unabhängigkeit, die Marionettenkultur hat Konjunktur.

Aber wenn schon Hausgewerkschaften im Trend liegen - ob die woxx dann wohl auch ihre eigene Vertretung gründen sollte? Immerhin: Der selbstverwaltete Kollektivgedanke liegt eigentlich gar nicht so fern davon. Auch wir verlieren manchmal den Überblick im Dickicht von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen.

Aber gesetzt den Fall, es gäbe die woxx-union: Nur im eigenen Sumpf zu wühlen, macht auch keinen Spaß. Das werden die Leute von der Editpress schon merken. Lieber ist uns dann doch eine echt unabhängige, pluralistische Journalistengewerkschaft. Wer macht's vor? Wir machen mit!